# B7

**Politische Bildung und Demokratieförderung**

**Antragsteller:** **Jusos**

**Adressat: Landesparteitag**

**Ratsfraktion**

Die Vollversammlung möge beschließen:

Schule ist der zentrale Ort für die Bildung junger Menschen. Schule ist ein fester Bestandteil im Leben von allen Jugendlichen, sodass hier gleichberechtigte, politische Bildung stattfinden muss. Wir nehmen es nicht länger hin, dass Bildung vom Elternhaus oder dem sozialen Umfeld abhängt. Vor dem Hintergrund der niedrigen Wahlbeteiligungen in Remscheid wird deutlich, warum politische Bildung eine wichtigere Rolle im Schulalltag spielen muss. Grundlegend hierfür ist das Fach Politik. Dieses muss, anders als heute, landesweit in jedem Schuljahr der Sekundarstufe I unterrichtet werden. Aber auch fächer-übergreifend muss ein Raum für politische Themen geschaffen werden, das ist nicht allein die Aufgabe des Politik- oder des Geschichtsunterrichts.

Wir fordern für das Fach Politik:

1. Das Fach Politik muss in jedem Schuljahr der Sekundarstufe unterrichtet werden
2. Es muss fächerübergreifend die Möglichkeit zur Diskussion über politisch-gesellschaftlichen Fragen geben.
3. Politische Bildung soll nicht nur durch Theorie, sondern durch praxisorientiertes Lernen erfolgen.
4. Wir sprechen uns für die Durchführung der Juniorwahl in allen weiterführenden Schulen in Remscheid aus und fordern die Stadt dazu, hierfür finanzielle Mittel bereitzustellen.
5. Im unterrichtlichen Rahmen sollte sich mit Rassismus und anderweitiger Diskriminierung auseinandergesetzt werden.
6. Es soll eine wiederkehrende Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich der Antidiskriminierung erfolgen.

Begründung:

Politische Bildung muss fest in Lehr-/Schulplänen verankert sein. Das beinhaltet die kritische

Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen. Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit für die Diskussion über politisch-gesellschaftliche Themen im Unterricht erhalten. Die Reflektion von aktuellen Themen und Konflikten unterstützt Schülerinnen und Schüler bei der eigenen Meinungsbildung.

Erfolgen kann und sollte politische Bildung nicht nur durch theoretisches Lernen von Inhalten, sondern vor allem durch die praktische Anwendung. Das kann beispielsweise durch Workshops oder etwa in Planspielen und Diskussionen erfolgen. Hierfür sollte eine finanzielle Unterstützung des Landes zu Verfügung stehen. Bereits durchgeführte Projekte wie die Juniorwahl zeigen, dass das Interesse grundsätzlich da ist, aber auch, dass an der Umsetzung noch einiges verbessert werden muss. Die Juniorwahl wird bundesweit parallel zu Bundestags- und Landtagswahlen durchgeführt.

Neben den klassischen Schulfächern sollte Schule vor allem Demokratie beibringen. Projekte wie die

Juniorwahl, sollten dazu beitragen, sie sollten aber vor allem junge Menschen für Politik begeistern.

In Remscheid gab es bei der vergangenen Landtagswahl leider nur für die wenigsten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit. Die Juniorwahl und die dazugehörige Auseinandersetzung mit Wahlen sollten, unabhängig der Schulform, verpflichtend für alle weiterführenden Schulen in Remscheid sein. Weitergehend ist politische Bildung in Bezug auf Antirassismus von hoher Wichtigkeit. Die Auseinandersetzung mit Rassismus als Problem, muss ein fester Teil von Lehrplänen des Politikunterrichts sein. Aber auch hier kann und sollte zusätzlich mit Workshops oder Experten gearbeitet werden, um jungen Menschen ein Bewusstsein für die Problematik anzueignen. Dazu gehört grundlegendes Wissen über Rassismus und andere gruppenbezogene Diskriminierung, aber vor allem auch die Sensibilisierung. Erforderlich hierfür ist auch die wiederkehrende Weiterbildung von Lehrpersonen im Bereich der Antidiskriminierung.

angenommen: abgelehnt: überwiesen: